

Mitglieder offener Parteirat der KölnSPD

15. Juni 2019

Köln – Porz

Antragsspiegel

Überwiesene Anträge vom Parteitag 16. März 2019



3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Übersicht überwiesene Anträge zum UB Parteirat KölnSPD am 15. Juni 2019

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
		Gesellschaftspolitik		
14 GesPo 1	Gleichstellung	Abschaffung 218 und 219	AsF	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 1463 ALT / Zeile 40 NEU ersetzen: Abschaffung der § 218 und §219 StGB Schwangerschaftsabbruch entkriminalisieren – Schwangere unterstützen In Zeile 1471 ALT / Zeile 56 NEU ergänzen: <u>Die Fristen, die jetzt im Strafgesetzbuch festgelegt sind (12 bzw 22 Wochen), sollen in einem anderen Gesetz wie beispielsweise dem Schwangerenkonfliktgesetz geregelt werden. Zudem sollen die Kammern der Ärzt*innen dies in ihren berufsethischen Standards und Regeln festlegen.</u>
15 GesPo 2	Gleichstellung	Sexismus bekämpfen	AsF	Ablehnung (mehrheitlich)
16 GesPo 3	Gleichstellung	Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten	AsF	Annahme
17 GesPo 4	Gleichstellung	Streichung § 1905 BGB	AsF	Überweisung an SPD-Landesvorstand mit der ausdrücklichen Bitte, durch die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) eine Bewertung der Thematik vornehmen zu lassen, um ggf. einen entsprechenden, an die BundesSPD gerichteten Beschluss zu fassen.
19 GesPo 6	Gleichstellung	Abschaffung und ,Ersetzung' des Transsexuellengesetzes	AsF	Annahme in ergänzter Fassung: Nach Zeile 1673 ALT / Zeile 149 NEU wird ergänzt: <u>Wir begrüßen, dass bereits die Möglichkeit geschaffen wurde, männlich, weiblich und</u>

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
		(TSG)		<u>divers als Personenstand einzutragen. Es muss allen Menschen unabhängig vom Geschlecht offenstehen, den eigenen rechtlichen Geschlechtseintrag (Personenstand) sowie den Vornamen zu ändern. Ferner soll die Zuständigkeit für die Änderungen zukünftig bei den Standesämtern und nicht mehr den Amtsgerichten liegen. Damit wird die Änderung des Vornamens und Personenstandes zu einem Verwaltungsakt, für den auch nur eine Verwaltungsgebühr und keine hohen Gerichtskosten anfallen. Eine Begutachtungspflicht und damit einhergehende medizinisch-psychologische Pathologisierung entfällt.</u>
20 GesPo 7	Stadtentwicklung	Trinkwasser verfügbar machen	Jusos	Annahme und Überweisung an Bundes- und Landesvorstand, Bundes- und Landtagsfraktion
21 GesPo 8	Umwelt	Kohleausstieg 2030	Jusos	Ablehnung (mehrheitlich)
22 GesPo 9	Arbeit u Digitalisierung	Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht ändern	Jusos	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: In Zeile 1749-1752 ALT / Zeile 210 – 212 NEU ersetzen: <u>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine familienfreundlichere und Eltern entlastendere Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krankheit der Kinder einzusetzen.</u> In Zeile 1754 ALT / Zeile 214 NEU ersetzen: von 12 auf 18 <u>14</u> Jahre ausgeweitet werden Zeilen 1756 - 1763 ALT / Zeile 215 – 220 NEU und Zeilen 1770 - 1776 ALT / Zeile 225 – 229 NEU ersatzlos streichen
23 GesPo 10	Cannabis	Cannabis legalisieren	Jusos	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 1782 ff. ALT / Zeile 235 ff. NEU ersetzen: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, in Form von Modellprojekten eine Legalisierung von Cannabis zu prüfen. Darüber hinaus fordern wir von der</u>

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
				<u>Bundestagsfraktion, sich für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene einzusetzen.</u>
		Gesundheit		
24 GesU 1		Recht auf Patientenverfügungs-Beratung sichern	Jusos	Annahme
		Wirtschaftspolitik		
33 WiPo 1	WiPo/ Steuerpolitik Umwelt	Einheitliches Flaschenpfand einführen	Südstadt	Ablehnung
34 WiPo 2	Stadtentwicklung	Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten	Jusos	Annahme (mehrheitlich) der ergänzten Fassung: Ergänzung Zeile 2455 ALT / Zeile 330 NEU: <u>Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum kostenfreie Toiletten bereitstellen muss.</u>
35 WiPo 3	WiPo/ Steuerpolitik Umwelt	Lebensmittel-Verschwendung bekämpfen – MHD regulieren	Jusos	Überweisung an UBVo zur Bearbeitung in einer ggf neu/wieder zu gründenden Forum oder einer AG zum Thema Umwelt
36 WiPo 4	WiPo/ Steuerpolitik	Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften	Sülz/ Klettenberg	Überweisung an UBVo mit der Empfehlung , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Umgang mit Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften bearbeiten zu lassen.
37 WiPo 5	WiPo/ Steuerpolitik	Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler	Sülz/ Klettenberg	Überweisung an UBVo mit der Empfehlung , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler bearbeiten zu lassen.

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
38 WiPo 6	Arbeit und Digitalisierung	Bessere Arbeits- bedingungen für Paketzusteller*innen	Jusos	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 2530 ff. ALT / Zeile 406 ff. NEU: Damit sich die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Paketbranche nicht weiter ausbreiten, fordern wir die Einführung einer Nachunternehmerhaftung. <u>Die SPD Köln unterstützt damit die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung für Paketbotinnen und Paketboten und fordert ebenfalls, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte sind dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu sichern und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit zu erweitern. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Paketdienstleistungsunternehmen für die Sozialversicherungsbeiträge seiner Subunternehmen haftet.</u> Ähnliche Regelungen gibt es bereits in der Baubranche und der Fleischindustrie.
39 WiPo 7	Gleichstellung	Senkung MWSt für Damenhygienartikel	Jusos	Annahme
		Umweltpolitik		
65 UmPo 1	Umwelt	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/ Klettenberg	Annahme der geänderten Fassung: Zeile 3432 - 3436 ALT/ Zeile 457-459 NEU ersetzen durch: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss auf EU-Ebene, Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten im Rahmen des europäischen Chemikalienrechts zu verbieten und fordert die deutschen Vertreter auf, dem Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zuzustimmen.</u>
		Verkehrspolitik		

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
66 VPol 1	Arbeit u Digitalisierung	Raststätten für LKW Fahrer	Eil-Finkenberg	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 3460 ALT / Zeile 488 NEU: ...Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen <u>die Schaffung ausreichender sanitärer Einrichtungen</u> für die Fernfahrer.
67 VPol 2	Umwelt	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusos	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: Vor Zeile 3478 ALT / Zeile 508 NEU ergänzen: <u>Weiterleitung an Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion</u> Streichung Zeile 3480 ALT / Zeile 511 NEU „...Zur Finanzierung...“ bis Zeile 3484 ALT / Zeile 515 NEU „...geprüft werden.“
68 VPol 3	Umwelt	Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV	Jusos	Überweisung auf kommunalpolitischen Parteitag Nov. oder Dez. 2019
		Organisations- politische Anträge		
72 Org 1	Orga SPD intern	Abstimmungsverfahren Anträge – ohne Votum Ant.komm und Abstimmung über den Ur-Antrag	Jusos Köln	Überweisung an neu gewählten UBVo mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen
73 Org 2	Orga SPD intern	Aufgaben der Antragskommission	Südstadt	Überweisung an neu gewählten UBVo mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen
74 Org 3	Orga SPD intern	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	Ablehnung

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission Wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
75 Org 4	Orga SPD intern	Aufstellungsverfahren Kandidaturen mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	Annahme (mehrheitlich)
76 Org 5	Orga SPD intern	Mindestens halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene	Ehrenfeld	Annahme (mehrheitlich)
78 Org 7	Orga SPD intern	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	Annahme
79 Org 8	Orga SPD intern	Appell Forderung an Bundespartei <u>und</u> <u>Forderung an die MdB</u>	Bocklemünd/ Mengenich	Nichtbefassung Antragscharakter nicht gegeben
80 Org 9	Orga SPD intern	Jährlich kommunalpolitischer Parteitag	Braunsfeld/ Müngersdorf	Ablehnung
81 Org 10	Orga SPD intern	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	Annahme
82 Org 11	Orga SPD intern	Einführung einer Jugendquote	Jusos	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: In Zeile 3963 ALT / Zeile 779 NEU und in Zeile 3966 ALT / Zeile 780 NEU wird „40 Jahren“ durch „35 Jahren“ ersetzt
83 Org 12	Orga SPD intern	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	Überweisung an neu gewählten UBVo
84 Org 13	Orga SPD intern	Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken	Porz/Poll	Annahme
85 Org 14	Orga SPD intern	SPD-Portal – Bereitstellung einer SPD-Plattform	Jusos	wird vom Antragsteller zurückgezogen

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37 **14 GesPo1**

38

39 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

40 **Abschaffung der § 218 und § 219a StGB**

41

42 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der
43 Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert wird und Ärzt*innen Schwangere über ihre Leistungen informieren dürfen. Dazu gehören
44 die §§ 218 und 219 abgeschafft. Die Tötung von Ungeborenen durch Dritte, wie er heute in §218 Abs. 2 behandelt wird, soll in einem
45 neuen Straftatbestand geregelt werden. Die Rechte von Schwangeren auf Beratung in Konfliktsituationen soll im
46 Schwangerenkonfliktgesetz gestärkt werden.

47 Begründung:

48 Die bestehenden Rechte auf körperliche Selbstbestimmung wurden mühsam erkämpft und sind durch revisionistische und
49 fundamentalistische Kräfte erneut bedroht.

50 Das Recht körperlicher Selbstbestimmung muss so umgesetzt werden, dass dieses Recht auch von jedem Einzelnen konkret
51 eingefordert und genutzt werden kann. Jede Schwangere soll ein Recht auf Information und eine freiwillige Beratung haben, ein
52 Beratungszwang, so wie er heute besteht, soll es aber nicht länger geben und Abtreibung vornehmen zu lassen darf nicht länger
53 strafbar sein. Hierzu soll ein neuer Rechtsrahmen außerhalb des Strafrechts gesetzt werden.

54 Die bestehenden Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer Gliederungen und insbesondere der ASF zu § 218
55 und § 219 müssen zeitnah umgesetzt und der Legislative im Bund zur Beschlussfassung vorgelegt werden

56

57

58 **15 GesPo2**

59

60 Antragsteller Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

61 **Sexismus in der SPD strukturiert bekämpfen**

62

63 Die SPD soll auf allen Ebenen Sexismus in der Partei aktiv bekämpfen. Der Kampf gegen Sexismus ist dabei Aufgabe jeder Genossin
64 und jedes Genossen im politischen Alltagsgeschäft. Hierzu bedarf es entsprechender Angebote zur Sensibilisierung und Schulung,
65 aber auch Unterstützungsinstrumenten bei Vorfällen.

66 Die KölnSPD soll eine Anti-Sexismus-Kommission einrichten. Die Anti-Sexismus- Kommission erarbeitet Maßnahmen zur
67 Bekämpfung jeglichen Sexismus. Ihr gehören Vertreter*innen des Unterbezirksvorstands und der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos
68 und SPDQueer an. Wenn es zu sexistischen Vorfällen in der Partei kommt, steht die Anti-Sexismus-Kommission Betroffenen als
69 Anlaufstelle zur Verfügung und unterstützt die Betroffenen mit dem Ziel, die unerwünschten Verhaltensweisen sofort zu unterbinden.
70 Über ihre Arbeit berichtet sie zu den Wahlparteitagen im Gleichstellungsbericht der KölnSPD. Vorbild ist dabei die Anti- Sexismus-
71 Kommission der Jusos Berlin: [http://www.jusosberlin.de/wer-wir-sind- 2/anti-sexismus-kommission/](http://www.jusosberlin.de/wer-wir-sind-2/anti-sexismus-kommission/).

72 Begründung:

73 Sexismus begegnet uns in unterschiedlicher Form und Ausprägung noch immer nahezu täglich. Sei es in der Werbung, in den
74 Medien, im Betrieb, in der Schule, in der Hochschule oder im alltäglichen Umgang mit unseren Mitmenschen: Diskriminierung oder
75 Unterdrückung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Identität ist auch im 21. Jahrhundert noch immer alltägliche Lebensrealität
76 vieler Menschen. Dies hat uns im vergangenen Jahr die öffentliche #metoo Debatte wieder eindringlich gezeigt. Die SPD akzeptiert
77 keinerlei Sexismus, weder gesamtgesellschaftlich, noch im politischen Tagesgeschäft. Die Bekämpfung sexistischer Muster beginnt
78 für uns in der eigenen Partei.

79

80

81 Sexistisches Verhalten beinhaltet jede Verhaltensweise gegenüber Personen und Personengruppen mit sexuellem Bezug, die seitens
82 der Betroffenen unerwünscht ist, die Personen aufgrund ihres Geschlechts herabwürdigt und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen,
83 Männern und Diversen als gleichwertige Diskussionspartner*innen zur Konsequenz hat. Dazu gehören vor allem:

84

- 85 • Anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkungen gegenüber der betroffenen Person
- 86 • Sexistische Sprüche und Witze Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterherpfeifen
- 87 • Unerwünschte Telefonanrufe / Briefe / E-Mails / SMS / Chatnachrichten / Privatnachrichten in sozialen Medien mit zumindest latent
88 sexuellen Bezug
- 89 • Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von sexistischem pornographischem Material
- 90 • Unerwünschte Körperkontakte und wiederholt aufdringliches Verhalten Annäherungsversuche, die mit Versprechen von Vorteilen
91 oder Androhen von Nachteilen einhergehen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen in diesem Zusammenhang
- 92 • Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung

93

94

95

96

97

98

99

100

101 **16 GesPo3**

102

103 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

104 **Das Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten**

105

106

107 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Operationen für Kinder in
108 Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten gesetzlich verboten werden, sofern sie nicht zwingend medizinisch notwendig sind.

109 Begründung:

110 Das Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten ist umgehend gesetzlich zu verankern, sowie es im
111 Koalitionsvertrag von SPD und CDU vereinbart wurde. Irreversible Eingriffe, dürfen, sofern diese nicht zwingend medizinisch
112 notwendig sind, ohne die Einwilligung der minderjährigen Person nicht vorgenommen werden.

113 Das grundsätzliche Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit muss auch für Minderjährige gelten. Eine Studie der
114 Berliner Humboldt-Universität belegt, dass die Zahl „kosmetischer Eingriffe“ an intersexuellen Kindern nicht zurückgeht. Im Zeitraum
115 von 2005 bis 2014 wurden in Deutschland laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich rund 1700 Operationen bei von bis zu neun
116 Jahre alten Kindern jährlich durchgeführt. Sowohl der UN-Kinderrechtsausschuss als auch der UN-Frauenrechtsausschuss hat den
117 UN-Vertragsstaaten empfohlen, die körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung der Betroffenen zu gewährleisten.

118 Zwar gibt es seit 2013 in Deutschland die Möglichkeit, bei uneindeutigem Geschlecht die Angabe im Geburtenregister freizulassen.
119 Doch davon unabhängig entscheiden die Eltern nach ärztlicher Beratung, ob das gemacht wird oder ob das Kind einer Operation
120 unterzogen wird. Skandalös ist zudem, dass die medizinischen Akten nur zehn Jahre aufbewahrt werden. So können die Personen im
121 Erwachsenenalter keine Informationen mehr darüber bekommen, was mit ihnen gemacht wurde.

122

123 **17 GesPo4**

124

125 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

126 **Streichung des § 1905 BGB (Sterilisation)**

127

128 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass § 1905 BGB ersatzlos gestrichen
129 wird.

130 Begründung:

131 Die deutsche Geschichte ist eine eindringliche Mahnung, dass jegliche Kontrolle des Staates über den Körper und die Fortpflanzung
132 einzelner Menschen gefährlich ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört.

133 Die Entscheidung, ob und wann man sich fortpflanzen will, obliegt allein der jeweiligen Person. Der Staat hat keine Befugnis zu
134 entscheiden oder zu verlangen, dass ein Mensch durch Zwang oder auf Verlangen unfruchtbar wird. §1905 BGB ermöglicht die
135 Zwangssterilisationen von Menschen mit Behinderungen oder mit psychischen Erkrankungen. Der § 1905 BGB ist ethisch und
136 verfassungsmäßig inakzeptabel, da man den Betroffenen das Recht abspricht, diese Entscheidung selbstbestimmt zu treffen.

137

138

139

140

141

142

144

145 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

146 **Abschaffung und ‚Ersetzung‘ des Transsexuellengesetzes (TSG) durch ein modernes, selbstbestimmtes**
147 **Personenstandsrecht**

148

149 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Transsexuellengesetz
150 abgeschafft wird und durch ein modernes Personenstandsrecht ersetzt wird.

151 Begründung:

152 Das Transsexuellengesetz (TSG) wurde zu seiner Einführung 1980 als progressives Gesetz betrachtet. Seitdem wurden aber viele
153 Bestimmungen im TSG vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, da sie nicht mit der Würde des Menschen zu
154 vereinen sind. Dazu zählt u.a. die Zwangsscheidung, der Sterilisationszwang, der Zwang zu geschlechtsangleichenden Operationen
155 und weitere Regelungen (vgl. Beschluss vom 16. März 1982 -1 BvR 983/81, Beschluss vom 26. Januar 1993 – 1BvL 38, 40, 43/92,
156 Beschluss vom 06. Dezember 2005 – 1 BvL 3/03, Beschluss vom 18. Juli 2006 – 1 BvL 1 und 12/04, Beschluss vom 27. Mai 2008 – 1
157 BvL 10/05, Beschluss vom 11.01.2011 – 1 BvR 3295/07).

158 Dadurch ist das TSG inzwischen nur noch ein Stückwerk mit weithin nicht mehr anwendbaren Passagen, dessen Regelungen nur
159 unter gleichzeitiger Lektüre der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts verständlich sind. In der Entscheidung aus dem Jahr
160 2011 wurde § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG bis zur Neuregelung für unanwendbar erklärt. Diese Gesetzesanpassung wurde bis zum
161 heutigen Tag nicht durchgeführt. Auch weitere Vorschriften stehen in der Kritik.

162 Das Transsexuellengesetz entspricht nicht mehr dem Stand der Wissenschaft und den im Juni 2018 geänderten Normen der WHO
163 und verursacht für die Betroffenen unbegründete Hürden und unnötiges Leid. Daher ist das TSG schnellstmöglich durch ein neues
164 Personenstandsgesetz zu ersetzen.

165

166 **20 GesPo7**

167

168 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

169 **Trinkwasser verfügbar machen!**

170

171 Das Vorhaben des EU-Parlaments wird unterstützt, Trinkwasser noch sauberer und verfügbarer für alle Bürgerinnen und Bürger der
172 EU einzuführen. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen ein, für die Umsetzung von einem kostenlosen Zugang zu Trinkwasser in
173 Gastronomien. Sie sollen somit verpflichtet werden, zahlenden Kunden Trinkwasser umsonst zur Verfügung zu stellen.

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184 21 GesPo8

185

186 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

187 **Kohleausstieg 2030**

188

189 Die Diskussion um (Braun-) Kohleenergie ist im letzten Jahr durch den Hambacher Forst und die Einsetzung der Kohlekommission
190 stärker geworden. Als Sozialdemokrat*innen haben wir dabei den Zwiespalt zwischen dem Schutz der Umwelt und dem Schutz der
191 Arbeitsplätze. Dieser darf uns aber nicht lähmen, sondern wir müssen handeln. Dafür müssen wir beides miteinander verträglich
192 gestalten.

193 Um die Umwelt zu schützen fordern wir ein Ausstiegsdatum für die Braunkohleförderung bis spätestens 2030!

194 Damit dies auch Arbeitnehmer*innenfreundlich geschieht müssen wir die Jahre vorher nutzen um mit Konjunktur- und
195 Infrastrukturpaketen für betroffene Regionen in Deutschland zu stärken. Im Mittelpunkt dieser Pakete müssen die Arbeitnehmenden
196 stehen. In einem starken Austausch müssen Pakete geschnürt werden, damit diese nicht nach Jahrelanger Arbeit ohne Job dastehen.
197 Das Ziel muss es sein, dass Arbeitnehmende nach dem Ausstieg einen angemessenen Job erhalten.

198 Ideen für Programme wurden von der Kohlekommission bereits vorgelegt:

199 Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen, Fachkräfteentwicklung, unternehmerische Entwicklung, Ansiedlung von Forschungs-
200 einrichtungen und langfristige Strukturentwicklung

201 Fonds für Strukturwandel

202 Weiterhin soll im Vorhinein geprüft werden für welchen Sektor diese Regionen nach dem Ausbau interessant sind. Als Beispiel
203 könnten bei Verlagerung von Dienststellen oder bei Eröffnung öffentlicher Einrichtungen, wie bspw. Behörden, voranging Standorte in
204 diesen Regionen geprüft werden.

205

206

208

209 Antragsteller*in: Jusos

210 **Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht bei Krankheit der Kinder ändern**

211 Wir möchten uns für eine familienfreundliche und elternentlastende Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krankheit der Kinder einsetzen.
212 Im besonderen Fokus soll dabei die Umsetzung folgender Punkte stehen (im folgenden Text ist „Eltern“ mit „Personen mit
213 Erziehungsauftrag“ gleichzusetzen)

214 In §45 des SGB (V) soll das Alter des Kindes, bis zu welchem den Erziehungsberechtigten die Befreiung von der Arbeit zusteht um
215 das Kind zu pflegen, von 12 auf 18 Jahre ausgeweitet werden

216 Im Krankheitsfall eines Kindes soll die Attestpflicht durch eine*n Kinderärzt*in nicht bereits am ersten Tag der Krankheit greifen um
217 den Lohnausgleich für den pflegenden Elternteil zu erhalten. Stattdessen soll erst ab dem zweiten Tag in Folge, an dem ein Elternteil
218 krankheitsbedingt von der Arbeit fehlt, ein Attest eines*einer Arztes*Ärztin vorgelegt werden müssen.

219 Die Erstattung des Lohnes im Krankheitsfall des Kindes soll mit Vorliegen eines Attestes weiterhin durch die Krankenkassen
220 erfolgen. Wird kein Attest über die Krankheit des Kindes vorgelegt und der Elternteil fehlt nur einen Tag, ist der*die Arbeitgeber*in in
221 der Pflicht die Lohnerstattung zu übernehmen.

222 Es soll eine Härtefallregelung eingeführt werden, mit der Eltern in der Lage sind bei besonders schwerwiegender oder chronischer
223 Erkrankung eines Kindes statt den rechtlich vorgeschriebenen 10 Tagen pro Kalenderjahr (bzw. 20 Tage bei Alleinerziehenden), 25
224 Tage (bei Alleinerziehenden 50 Tage) bei Lohnfortzahlung durch die Krankenkasse am Arbeitsplatz zu fehlen. Ein Attest eines*einer
225 Fachärzt*in muss den schwerwiegenden Grad der Krankheit bezeugen.

226 Damit die geforderte Stärkung im Arbeitsrecht für Eltern keine negativen Auswirkungen auf die berufliche Karriere hat, ist die SPD
227 angehalten sich intensiver mit dem Antidiskriminierungsschutz von Arbeitnehmer*innen zu befassen. Es muss in der Öffentlichkeit
228 offensiver über die Rechte im Bewerbungsverfahren sowie am Arbeitsplatz informiert werden, z.B. über das Recht in
229 Bewerbungsgesprächen keine Auskunft über den Familienstand bzw. zukünftige Familienplanung und den Wunsch nach Kindern
230 geben zu müssen.

231 **23 GesPo10**

232

233 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

234 **Cannabis legalisieren**

235

236 Wir sprechen uns für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene.

237

238 Hierzu soll der Besitz von bis zu drei weiblichen Cannabispflanzen für den Eigenbedarf erlaubt werden. Erwachsene können daneben
239 Cannabis in sogenannten Cannabisfachgeschäften erwerben. Der Kauf von bis zu 30 Gramm Cannabis soll legalisiert werden.

240

241 Die gesamte Handelskette für Cannabis (Anbau, Großhandel, Import/Export, Einzelhandel, Transport, Verarbeitung) soll dafür
242 strengen behördlichen Auflagen und Kontrollen unterliegen.

243

244 Den Produkten sollen dafür Angaben über die Inhaltsstoffe, die Konzentration der Wirkstoffe, umfangreiche Beipackzettel,
245 Warnhinweise und Qualitätsstandards bei liegen. Für den Betrieb von Cannabisfachgeschäften verlangen wir spezielle Schulungen
246 des Verkaufspersonals.

247

248 Für den Jugendschutz sowie für die Straf- und Bußgeldvorschriften sollen dieselben Regelungen wie für Tabak gelten, insbesondere
249 in Hinsicht auf den Mindestabstand der Fachgeschäfte zu Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, sowie ein Werbeverbot und
250 Zugangskontrollen mit Altersnachweis.

251

252 Die bestehende Verbotspolitik ist gescheitert. Und sie greift auch unverhältnismäßig in das Recht auf Selbstbestimmung erwachsener
253 Konsument*innen ein, welche Cannabis in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewusst und verantwortungsvoll konsumieren. Die
254 Erfahrungen mit der Legalisierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in einigen US-Bundesstaaten und den EU-Ländern
255 Tschechien und Portugal belegen das.

256 Kriminalisierung und Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten führt zu keiner Abnahme von Cannabiskonsum respektive
257 Cannabisdelikten. Die Polizei und Justiz sind mit diesen meist kleinen Delikten überlastet, deren strafrechtliche Verfahren in aller
258 Regel eingestellt werden. Statt Millionen von Euro bei der Verfolgung junger Menschen auszugeben, könnte man viele sinnvolle
259 Projekte finanzieren. Über die Besteuerung von Cannabisprodukten können jährlich bis zu zwei Milliarden Euro eingenommen
260 werden, um damit die Aufklärung und Prävention zu unterstützen.

261 Andererseits bringt ein Verbot von Cannabis aber Rekordgewinne für den Schwarzmarkt und gefährdet obendrein die Gesundheit der
262 Konsument*innen. Auf dem Schwarzmarkt verkauftes Cannabis ist oft von schlechter Qualität oder mit gefährlichen Substanzen
263 gestreckt, wie z.B. mit Blei oder Glasstaub. Durch die Legalisierung kann dem Schwarzmarkt seine Grundlage entzogen und der
264 Verbraucher*innenschutz gestärkt werden. Auch der Mythos der speziellen „Einstiegsdroge Cannabis“ ist längst widerlegt. Cannabis
265 ist in weiten Teilen vergleichbar mit anderen, bereits legalen Drogen wie etwa Alkohol oder Zigaretten und sollte nicht anders
266 behandelt werden. Wenn der Konsum legal möglich wäre, hätte man gar keinen Kontakt mehr zu anderen harten Drogen. Es gibt
267 weltweit keinen einzigen Cannabis-Toten.

268 Das Ziel ist nicht, den Drogenkonsum zu befördern, sondern einem gesellschaftlichen Problem mit einem anderen Lösungsansatz zu
269 begegnen und sich dabei stärker an der Lebenswirklichkeit zu orientieren als bisher.

270 Deswegen braucht es ein Umdenken in der Cannabispolitik!

271

272

273

274

275 **24 GesU1**

276

277 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

278 **Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern**

279

280 Wir fordern eine Aufnahme der Patient*innenverfügungs-Beratung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung.

281 Patient*innen sollen diese Leistung mindestens alle 5 Jahre in Anspruch nehmen können.

282 Die Beratung könnte in diesem Fall von geschulten Mitarbeiter*innen in Hospizen, Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsämtern
283 sowie von ärztlichem Fachpersonal durchgeführt werden.

284 Des Weiteren sollen Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbände oder auch Schulen und Volkhochschulen über diese Möglichkeit und
285 ihre Relevanz informieren.

286

287

288

289

290

291

292

293

294 **33 WiPo1**

295

296 Antragsteller: OV Südstadt

297 **Flaschenpfand vereinheitlichen**

298

299 Das bisher unterschiedliche Flaschenpfand von 0,08 EUR, 0,10 EUR, 0,15 EUR und 0,25 EUR soll vereinheitlicht werden¹. Künftig soll
300 die Höhe für alle Pfandflaschen 0,25 EUR betragen.

301

302 Begründung

303 Es gibt viele Gelegenheiten, alleine oder in der Gemeinschaft außerhalb einer Gaststätte oder Wohnung seinen Durst direkt aus der
304 Flasche zu löschen. Viele Menschen bringen diese ins Geschäft oder Kiosk zurück um den Pfand entgegen zu nehmen.

305 Bei Plastikflaschen und Dosen lohnt sich das durchaus, da das Pfand 0,25 EUR beträgt.

¹ In Deutschland gelten folgende Beträge:

- Mehrweg-Bierflaschen werden mit 0,08 € verbucht (...)
- Mehrweg-Bierflaschen mit Bügelverschluss haben 0,15 € Pfand, werden regional auch mit 0,25 € oder 0,50 € bepfandet.
- Sonstige Mehrwegflaschen mit Drehverschluss aus Glas oder härterem Kunststoff kommen auf 0,15 €. Hierzu zählen z. B. Mineralwasser, Limonade, (...) Fruchtsäfte.
- Mehrweg-Glasflaschen der Firma Schwebbes sind mit 0,10 € bepfandet.
- Für 1-Liter-Weinflaschen aus Glas werden in manchen Handelsketten 0,02 € bzw. 0,03 € Pfand erhoben.

Quelle: Wikipedia (<https://de.wikipedia.org/wiki/Flaschenpfand>) abgerufen am 12.02.2019

306 Bei den Bierflaschen ist das jedoch anders. Hier beträgt das Flaschenpfand i.d.R. lediglich 0,08 EUR. Für andere Mehrwegflaschen
307 gilt ein Pfandbetrag von 0,15 EUR.

308 So kommt es nicht selten vor, dass sich gar nicht erst die Mühe gemacht wird, vor allem diese Flaschen zum Laden oder Kiosk
309 zurückzubringen. Die Flaschen werden einfach fallen gelassen oder anders unsachgemäß entsorgt, was ein erhebliches
310 Gefahrenpotential hervorruft. In der Öffentlichkeit abgestellte Flaschen werden „weggekickt“ oder durch den Wind umgeworfen.

311

312 Warum sollte man sich auch die Mühe machen sich zur Rückgabe z.B. auf Straßenfesten oder im Karneval an den langen Schlangen
313 vor dem Kiosk anzustellen?

314

315 Der Umtausch mehrerer leerer gegen eine volle Bierflasche ist oft die Mühe nicht wert. Wenn der Neuerwerb nur ein Euro pro Stück
316 kosten würde, müssten dafür 13 Flaschen mitgebracht werden. Bei einem Flaschenpfand von 0,25 Euro hätte man mit vier Flaschen
317 bedeutend weniger Aufwand.

318

319 Interessant ist, dass selbst die Flaschensammler, die letztendlich zur Müllreduzierung beitragen, oft Bierflaschen verpönen, das diese
320 als zu schwer, schmutzig und stinkend gelten. Selbst im Hausmüll befinden sich immer wieder Flaschen weil sich die Mühe nicht
321 lohnt...

322 Daher ist alleine schon aufgrund der Reduzierung des Gefahrenpotentials durch Scherben sinnvoll, das erhöhte Flaschenpfand von
323 0,25 EUR grundsätzlich auch für Bierflaschen und andere Pfandflaschen zu erheben.

324 Es ist davon auszugehen, dass mehr dieser Flaschen zurückgebracht werden und daher weniger produziert werden müssen.

325

326 Zudem dürften die vereinheitlichten Pfandbeträge mittelfristig die Rückgabemöglichkeiten im Handel vereinfachen.

327 **34 WiPo2**

328

329 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten

330

331 Jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum (z.B. Bahnhöfe) muss kostenfreie Toiletten bereitstellen. Das
332 bedeutet, dass Toilettenanbieter auch keine Wertbons in Höhe des eingezahlten Betrages ausgeben dürfen, sondern, dass die Toilette
333 tatsächlich kostenlos sein muss, eventuelle Spenden müssen freiwillig gegeben werden und dürfen kein Kriterium für die Benutzung
334 sein.

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346 **35 WiPo3**

347

348 Antragsteller*in: Jusos

349 **Lebensmittelverschwendung bekämpfen – MHD regulieren**

350

351 Bis Anfang der 80er-Jahre gab es viel Unmut bei den Verbraucher*innen, weil man neue nicht von alten Lebensmitteln im Regal
352 unterscheiden konnte. Durch die 1981 erlassene Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung wurde das Mindesthaltbarkeitsdatum
353 eingeführt, welches dieses große Problem endlich lösen konnte.

354 Fast 40 Jahre nach der Einführung der Mindesthaltbarkeitsdaten ist eine Reform dringend notwendig. Die erste Assoziation von vielen
355 Menschen mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum ist nämlich der Mülleimer. Die Aufklärung der Verbraucher*innen wurde jahrelang
356 verschlafen, weshalb heute viele noch gutverträgliche Lebensmittel viel zu früh im Mülleimer landen. Die Mindesthaltbarkeitsdaten
357 werden nämlich von den Lebensmittelhersteller*innen festgelegt, die in eigener Verantwortung die einzelnen Fristen festlegen
358 müssen. Aus Angst vor Klagen und Unverträglichkeiten, setzen die meisten Hersteller*innen einen großen Sicherheitspuffer, damit sie
359 nicht in Erklärungsnot gelangen. Dadurch werden allerdings massenweise gute Lebensmittel weggeworfen.

360 Deshalb sollte dringend eine Reform des MHD-Systems durchgeführt werden, die folgende Punkte berücksichtigen muss:

361 Abschaffung von MHD bei länger haltbaren Lebensmitteln wie Nudeln, Salz
362 oder Reis (ab 90 Tage)

363 Einheitliche Richtlinien vom Ernährungsministerium, wodurch das MHD-System
364 verbessert und der Spielraum für die Industrie verkleinert werden soll

365 Eine Aufklärungskampagne des Ministeriums, um die Wertschätzung über die
366 Herstellung von Lebensmitteln zu verbessern

367 Verbraucher*innenbildung über die Lagerung und die Haltbarkeit von
368 Lebensmitteln, die direkt und verpflichtend auf der Verpackung ist

369

36 WiPo4

Antragsteller: OV Sülz/Klettenberg

Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften

Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Bundesparteitag beschließen, dass die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften abgeschafft wird.

37 WiPo5

Antragsteller: OV Sülz/Klettenberg

Gewerbsteuerpflicht auch für Freiberufler

Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Landesparteitag und an den ordentlichen Bundesparteitag die Gewerbesteuerpflicht auch für Freiberufler beschließen.

Begründung:

Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern als Kriterium für die Erhebung der Gewerbesteuer ist mehr als überholt. Heute ist diese wichtige kommunale Steuer gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht. Gewerbesteuer ist daher zukünftig von Gewerbetreibenden, wie auch von Freiberuflern zu erheben.

402 **38 WiPo6**

403

404 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

405 **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Paketzusteller*innen**

406

407 Damit sich die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Paketbranche nicht weiter ausbreiten, fordern wir die
408 Einführung einer Nachunternehmerhaftung. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Paketdienstleistungsunternehmen für die
409 Sozialversicherungsbeiträge seiner Subunternehmen haftet. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in der Baubranche und der
410 Fleischindustrie.

411

412 Begründung

413 In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in der Paketbranche dramatisch verschlechtert.
414 Immer weniger Unternehmen setzen noch Festangestellte, nach Tarif bezahlte Zusteller*innen mit sozialversicherungspflichtigen
415 Arbeitsplätzen ein. Die meisten Paketdienste geben die Aufträge an Subunternehmen weiter, die ihre Paketboten überwiegend sehr
416 schlecht behandeln. Zum Teil sind die Arbeitsbedingungen sogar illegal. Die Subunternehmen sind nicht im Arbeitgeberverband
417 vertreten und zahlen in den meisten Fällen keine Tariftlöhne. Immer wieder kommen Skandale ans Tageslicht, für die die Paketdienste,
418 welche die Aufträge weitergegeben haben, keine Verantwortung übernehmen. Sie trenne sich lediglich von den Subunternehmen

419

420

421

422

423 **39 WiPo7**

424

425 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

426 **Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Damenhygieneartikel von 19% auf 7%**

427

428 Wir fordern, Tampons und Binden endlich fair zu besteuern. Das heißt, auf Damenhygieneartikel soll nur noch eine Mehrwertsteuer
429 von 7% gelten. Zusätzlich sollen nachhaltige Produkte wie Biotampons oder -binden steuerlich weiter begünstigt werden, da diese
430 gesundheitlichen und ökologischen Vorteile mit sich bringen, die wiederum dem Staat zu Gute kommen.

431 Wir unterstützen die Beschlusslage der Bundesjusos aus dem Jahr 2016 „Menstruation ain’t free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die
432 Abschaffung der „Tampon-Steuer!“.

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450 **65 UmPo 1**

451

452 Antragsteller: OPrtverein Sülz/Klettenberg

453 **Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik – und Körperpflegemittelproduktion**

454

455

456 Weiterleitung: Bundesparteitag

457

458 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Bundesparteitag das Verbot von Mikroplastik in der
459 Kosmetik- und Körperpflegemittelproduktion beschließen.

460

461 Begründung:

462 Mikroplastik sind kleinste Kunststoffteilchen, die über den Weg der Entsorgung in die Gewässer und damit in die Nahrungskette
463 gelangen. Sie stellen eine Gefahr für alle Lebewesen dar. Der Nutzen von Mikroplastik ist fragwürdig, die Gefährdung der Umwelt
464 durch Mikroplastik ist real. Bis zum vollständigen Abbau von Mikroplastik können über 300 Jahre (!) vergehen.

465

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481

482 **66 VPol 1**

483 Antragsteller: Ortsverein Eil-Finkenbergr/Gremberghoven

484 **Rastmöglichkeiten für LKW-Fahrer**

485

486 Weiterleitung: Landes- und Bundesparteitag

487

488 Landes- und Bundestagsfraktion wirken darauf hin, dass ausreichend Rastmöglichkeiten an Bundesautobahnen und ggf. Landstraßen
489 für LKWs im Fernverkehr geschaffen werden. Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen für die
490 Fernfahrer.

491 Begründung:

492 Aufgrund der Zunahme der internationalen Fernverkehre finden viele Lkw-Fahrer keine Park- und Übernachtungsmöglichkeiten mehr
493 an den Raststätten der Bundesautobahnen. Daher werden Ausweichmöglichkeiten außerhalb der Autobahn gesucht. Oft sind diese in
494 Städten wie Köln am Rande der Fernstraßen. So parken und übernachten nicht wenige LKW-Fahrer - insbesondere aus Ost- und
495 Südosteuropa - auch auf Kölner Straßen, z. B. rechtsrheinisch nahe der A 59. Dies bedeutet, dass diese Fahrer unter
496 menschenunwürdigen Bedingungen rasten und übernachten müssen. Es bedeutet aber auch für die Kommune, dass zeitweise
497 Parkplätze in Anspruch genommen werden, die für die Bewohner/innen nicht mehr zur Verfügung stehen und für die Beseitigung des
498 entstandenen Mülls zu sorgen.

499

500

501

502

503

504

505 **67 VPol 2**

506 Antragsteller*innen: Jusos
507 **Kostenloser ÖPNV in NRW**

508

509 Weiterleitung:

510

511 Zur Gewährleistung von allgemeiner und sozialer Mobilität fordern wir die Gründung einer Arbeitsgruppe, welche ein
512 Finanzierungsmodell zur Gestaltung eines ‚kostenfreien‘ ÖPNVs in NRW erarbeitet. Zur Finanzierung sollen neben Mitteln aus dem
513 Bundeshaushalt auch eine Abgabe genutzt werden, welche ähnlich der Kirchensteuer anhand der gezahlten Lohnsteuer berechnet
514 wird. Alternativ oder für die Lohnabgabe abfedernd soll auch eine entsprechende Abgabe mit fixem Prozentsatz für Unternehmen
515 geprüft werden. Der ÖPNV ist ein Gut, welches allen dient, sodass alle sich mit geringem Beitrag beteiligen sollen, wobei
516 Geringverdiener und Arbeitslose vom Beitrag unbürokratisch auszunehmen sind.

517

518 Um möglichst umfassende Mobilität ohne Autoverkehr zu ermöglichen, soll auch geprüft werden, inwieweit die aktuellen ÖPNV-
519 Kapazitäten ausreichend sind, außerdem auch wo beispielsweise die Taktung erhöht werden muss, neue Streckenabschnitte gebaut
520 oder weitere Busse eingesetzt werden müssen.

521

522

523

524

525

526

527

528

529 **68 VPol 3**

530

531 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD
 532 **Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV**

533

534 Weiterleitung: Ratsfraktion

535

536 Die KölnSPD setzt sich für die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bahnen und Bussen der KVB ein. Dafür müssen jedoch
 537 zunächst die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Fahrradfahren mit dem ÖPNV geschaffen werden.

538 Dazu fordern wir:

- 539 • Eine zeitnahe Verlängerung der Straßenbahnen und Bahnsteige und damit eine dringend notwendige Kapazitätserhöhung.
 540 Zudem muss die Taktung auf vielen Strecken erhöht werden
- 541 • Den massiven Ausbau von Stellplätzen und Fahrradboxen an den Haltestellen der KVB
- 542 • Die Mitnahme von Fahrrädern muss vereinfacht werden. Die Zonen für Fahrräder müssen auf den Bahnsteigen und innerhalb
 543 der Bahnen klar gekennzeichnet sein, damit es nicht zu Streitigkeiten zwischen den Fahrgästen kommt

544

545 Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, muss jede Fahrkarte für die KVB automatisch die*den Inhaber*in zur kostenlosen Mitnahme
 546 eines Fahrrads berechtigen. Die KölnSPD soll sich zudem für eine kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im VRS-Bereich und im
 547 gesamten Bundesland stark machen.

548

549

550

551 **72** **Org 1**

552

553 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

554 **Antragskommission der KölnSPD**

555

556 **Weiterleitung:** UB-Vorstand

557

558 Die Aufgaben der Antragskommission für die kommenden Unterbezirksparteitage werden ergänzt und geändert:

- 559 - die Kontrolle und der Abgleich von eingereichten Anträgen mit der bisherigen Beschlusslage auf Unterbezirksebene und
- 560 mit höheren Gremien;
- 561 - die Zusammenfassung themenähnlicher Anträge mit Zustimmung der jeweils antragsstellenden Ortsvereine,
- 562 Stadtbezirke oder Arbeitsgemeinschaften;
- 563 - darüber hinaus darf die Antragskommission keine inhaltliche Bewertung der Anträge vornehmen.

564

565 Punkt 9 der Geschäftsordnung zum ordentlichen Parteitag der KölnSPD wird wie folgt neu gefasst:

566 Die Antragskommission hat die Aufgabe, nach Absprache mit den Antragsstellenden, Anträge nach Sachgebieten zu bündeln sowie
567 redaktionell zu überarbeiten. Eine inhaltliche Bewertung findet nicht statt.

568 Sie kontrolliert und gleicht die eingereichten Anträge mit der bisherigen Beschlusslage auf Unterbezirksebene und mit höheren
569 Gremien ab.

570 Den Delegierten des UB-Parteitages werden die internen Abstimmungsergebnisse der Antragskommission mitgeteilt.

571 Der UB-Parteitag stimmt zuerst über das Votum der Antragskommission ab.

572 **73 Org 2**

573 Antragsteller: Ortsverein Südstadt
574 **Arbeit der Antragsberatungskommission**

575 **Weiterleitung:** UB-Vorstand

576 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

577 Die Aufgaben der Antragsberatungskommission für die künftigen Unterbezirksparteitage der Köln SPD wird wie folgt festgelegt:

578

579 1. Aufgabe der ABK:

580 Die ABK hat die Aufgabe, die Beratung und Beschlussfassung des UB Parteitags zu den eingebrachten Anträgen,
581 Änderungsanträgen und Initiativanträgen zu unterstützen. Sie hat nicht die Aufgabe diese Anträge selbst zu verändern weder
582 durch Ergänzungen, Neuformulierungen noch Streichungen.

583 Die ABK prüft, ob die Anträge fristgerecht eingereicht sind und ob Initiativanträge den Kriterien entsprechen, auf Ereignisse zu
584 reagieren, die vor dem Parteitag nicht bekannt waren.

585 Die ABK prüft, ob die Anträge formal deutlich das Antragsbegehren erkennen lassen. Sollte dies nicht der Fall sein, muss sie
586 mit dem Antragsstellenden Rücksprache nehmen. Lässt sich danach keine Klärung herbeiführen, muss die ABK für
587 Nichtbefassung da nicht Beratungsfähig oder für eine Materialempfehlung plädieren.

588 Die ABK sortiert die Anträge nach Sachgebieten und stellt fest, welche Anträge die weitestgehenden sind und welche Anträge
589 ergänzend oder in Teilen abändernd oder durch Annahme eines anderen Antrages erledigt sind. Sie kann zur Klärung von
590 Sachverhalten zu einzelnen Themen Expertise einholen bzw. mit den Antragsstellenden Rücksprache nehmen.

591 Sie erarbeitet einen Vorschlag für die Beratung der Anträge auf dem UB Parteitag.

592 Sie stellt den jeweiligen Themenkomplex vor und erläutert ihre Voten.

593 Sie hat nicht mehr die Aufgabe zu den auf dem Parteitag eingereichten Änderungsanträgen Stellung zu beziehen. Solche
594 Anträge werden vom Antragstellenden oder der Tagungsleitung verlesen und dann vom UB Parteitag beraten und beschlossen.

595

596

597

598

599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626

2. Abstimmungsverfahren

Der UB Parteitag entscheidet über die vorliegenden Anträge, Änderungsanträge und Initiativanträge wie folgt:

Annahme

Annahme als Material zu einem anderen Antrag

Annahme zur Weiterleitung an den Parteirat

Annahme zur Weiterleitung an den Landesparteitag

Annahme zur Weiterleitung an den Bundesparteitag

Ablehnung

Nicht Befassung

3. Abstimmungsverfahren:

Die ABK trägt ihr Votum vor und kann es begründen. Über das Votum der ABK wird nicht abgestimmt.

Die Tagungsleitung lässt über den Antragstext in der vorliegenden Form ggfs. durch den Parteitag geänderten Antrag abstimmen. Maßgeblich ist das vom Antragssteller im Antrag eindeutig formulierte Antragsbegehren.

Annahme

Oder : Annahme als Material zu einem anderen Antrag,

Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Parteirat

Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Landesparteitag

Oder: Annahme zur Weiterleitung an den Bundesparteitag

Findet das Antragsbegehren keine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so ist der Antrag abgelehnt.

Ablehnung: liege aus dem Parteitag ein Votum vor, den vorliegenden Antrag abzulehnen, so muss darüber zuerst abgestimmt werden. Findet dies eine Mehrheit so ist der Antrag abgelehnt. Findet dies keine Mehrheit, so gilt der Antrag als angenommen.

Nichtbefassung: liegt ein Antrag oder das Votum der ABK auf Nichtbefassung vor, muss zuerst darüber abgestimmt werden.

627 Begründung:

628 Der vorliegende Antrag soll erst für die künftigen Parteitag gelten, da für den Parteitag am 16. März 2029 die ABK nach der bisherigen
629 Geschäftsordnung ihre Arbeit gemacht hat und eine Änderung der aktuell vorliegenden GO nur Verwirrung stiften würde.

630 Neu gegenüber dem bisherigen Verfahren ist die Beschränkung der Aufgaben der ABK auf die Unterstützung der Beratung des
631 Parteitages über die vorliegenden Anträge in ihrer vom Antragssteller eingebrachten Form. Sie hat nicht mehr die Aufgabe, die
632 Anträge zu ändern oder umzuschreiben. Dies zwingt den Antragssteller sein Begehren klar und eindeutig zu formulieren und zu
633 erläutern.

634 Der Parteitag stimmt nicht mehr über das Votum der ABK. Auch darum muss der Antragssteller sich entscheiden, was er erreichen
635 will. Bei Änderungsanträgen, die auf dem Parteitag noch eingebracht werden, erleichtert dies das Verfahren

636 Für die Klärung der Zulässigkeit des Antrages, die Erläuterung von Antragsmaterien, die weitgehend nicht bekannt sind, die
637 Feststellung der Reihenfolge der Beratung und Abstimmung bleibt die ABK unverzichtbar.

638 Bei den vorgeschlagenen Voten wird das Votum Material nur auf einen anderen Antrag bezogen, der so inhaltlich noch erweitert
639 werden kann. Beerdigungen erster Klasse durch die Materialempfehlung an den UBV oder andere Gremien werden damit beendet.

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652 **75 Org 4**

653

654 Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld

655 **Prozess der Kandidatenaufstellung**

656

657

658 Weiterleitung: UB-Vorstand

659

660 Um der Kandidatenaufstellung für die Kölner Wahlkämpfe die notwendige Legitimation der Basis zu verleihen, stimmen alle Kölner
661 Mitglieder über das Prozedere ab. Im Vorfeld zu den Abstimmungen gibt es die Gelegenheit, bei Bedarf Änderungsanträge zu
662 formulieren.

663

664 Begründung:

665

666 Im Vorstand und auf Unterbezirksebene wird gerade ein Papier entworfen, das die Kandidatenaufstellung für Köln regeln soll. Bei der
667 Kandidatenaufstellung handelt es sich um einen zentralen innerparteilichen Punkt, der das Wesen der Demokratie als solche berührt.
668 Das kann und darf nicht allein auf Vorstands- bzw. Bezirksebene geregelt werden. Eine ausführliche Diskussion mit letztendlicher
669 Abstimmung aller Mitglieder ist unabdingbar.

670

671

672

673

674

675

676

677 **76 Org 5**

678

679 Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld

680 **Für eine stärkere Beteiligung der Basis in der SPD**

681

682 Weiterleitung: Ortsvereine

683

684 Um dem Gestaltungswillen der Basis Rechnung zu tragen und die Demokratisierung der Partei voranzutreiben, finden
685 beschlussfähige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene mindestens im halbjährigen Abstand statt.

686

687 Begründung:

688 Anträge werden auf Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen diskutiert und beschlossen – oder auch abgelehnt. An dieser
689 zentralen Schnittstelle erfolgt die Erneuerung der SPD von unten. Hier kommt der Wille der Basis zum Ausdruck. Problematisch ist,
690 dass Anträge – durch welche Umstände auch immer – nicht zur Diskussion kommen können. Sie verschieben sich dann um ein Jahr.
691 Eine mögliche Erneuerung wird so ausgebremst.

692

693

694

695

696

697 **78 Org 7**

698

699 Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

700 **Beschlüsse des Unterbezirks-Parteitages auf der Homepage der KölnSPD veröffentlichen!**

701

702

703 Weiterleitung: UB-Vorstand

704

705

706 Grundlage der Demokratie ist das Prinzip der Willensbildung von unten nach oben, auch in Parteien. Parteibeschlüsse haben zudem
707 Sinn, Parteimitglieder und Öffentlichkeit über die erarbeiteten Positionen der Partei zu informieren.

708

709 Dafür ist es erforderlich, dass die Beschlüsse des UB Parteitages auf der Homepage der Köln SPD veröffentlicht werden.

710

711 Dies ist auch ein Schritt zu demokratischen Erneuerung der Partei.

712

713 Der Parteitag beschließt, dass Parteitagsbeschlüsse auf der Homepage der Köln SPD sobald wie möglich veröffentlicht werden und
714 die Beschlüsse der vergangenen Jahre so weit wie möglich sukzessiv online gestellt werden.

715

716

717

718

719

720

721

722

723

724

725 **79 Org 8**

726 Antragsteller Ortsverein Bocklemünd-Mengenich
727 **Forderungen an die Bundespartei Apell**
728

729 Weiterleitung: Bundespartei

730

731 Die Bundespartei wird aufgefordert:

732 Statt einer Personaldebatte oder der bloße Austausch von Führungskräften, sollte sich die SPD auf Inhalte konzentrieren, zu alten
733 Grundwerte zurück finden und damit den Bürgerinnen Zuversicht und Klarheit vermitteln. Der Blick darf nicht immer auf die Defizite
734 (was noch zu tun ist) gerichtet werden (die SPD war ja viele Jahre mitregierend), sondern auf das, was durch unsere Partei erreicht
735 wurde.

736 Ferner sollte die Bundes – SPD die besser unterstützen, in dem eine stärkere Kontaktpflege von den Bundestagsabgeordneten zu
737 den Ortsverein ihrer Wahlkreise kontinuierlich und nicht nur vor den Wahlen stattfindet. Wir fordern mehr Unterstützung und
738 Informationen zu den Werte und aktuellen Themen der SPD um diese den Bürgerinnen nahe bringen zu können. Wir wünschen dazu
739 sowohl personelle Unterstützung als auch Infomaterial wie z. B. vor der anstehenden Europawahl (auch 3 Monate vorher gibt es bei
740 uns immer noch kein Infomaterial, selbst nicht zu den Kandidaten).

741

742

743

744

745

746

747

748 **80 Org 9**

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

749 Antragsteller: Ortsverein Braunsfeld/Müngersdorf

750 **Jährlich ein Parteitag zu kommunalpolitischen Themen**

751

752 **Weiterleitung:** UB-Vorstand

753 Der UB Köln führt einmal im Jahr einen UB-Parteitag zu kommunalpolitischen Themen durch.

754

755

756 **81 Org 10**

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

757

758 Antragsteller*in: Jusos

759 **Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen**

760

761 **Weiterleitung:** UB-Vorstand

762

763 Wir fordern, dass die KölnSPD eine für Mitglieder einfach zugängliche Datenbank erstellt, in der alle Beschlüsse und Protokolle aller
764 Parteitage und Parteiräte gespeichert werden, sofern sie parteiöffentlich sind.

765 Begründung:

766 Jährlich beschließen wir in dutzenden Gremien hunderte Inhalte, Strukturänderungen oder Regeln, die bis auf wenige Genoss*innen
767 keiner kennt und keiner aufrufen kann. Oft scheitert man daran, diese Beschlüsse finden zu können, weil Sie z.B. auf den privaten
768 Dossiers und Computern einzelner Personen gespeichert sind.

769 Im Zuge der Digitalisierung ist die Zugänglichkeit von Beschlüssen für alle Parteimitglieder möglich geworden. Wo die Möglichkeit
770 besteht, sollte auch die Pflicht zur Umsetzung bestehen.

771

772 **82 Org 11**

773

774 Antragsteller*in: Jusos

775 **Einführung einer Jugendquote**

776

777 Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, UB-Vorstand

778

779 Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Lande- und Unterbezirksebene der SPD ein. 20 Prozent der
780 Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder unter 40 Jahren sein. Die SPD will eine Verjüngung der Mandatsträger*innen. Jeder
781 fünfte Listenplatz muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 40 Jahren bestimmt sein.

782 Wenn ein Amt in beiden Fällen nicht besetzt werden kann, muss der Landes- oder Bundesverband im Einzelfall die Zulässigkeit einer
783 Ausnahme prüfen.

784

785

786 Begründung:

787

788 Die SPD braucht mehr jüngere VertreterInnen in den Parlamenten und Parteigremien. Die SPD bietet aktuell zu wenigen jungen
789 Menschen Möglichkeiten, ihre Generation innerhalb der Parteigremien und in Parlamenten zu vertreten. Junge Politikerinnen und
790 Politiker bringen neue Ideen mit und erweitern das Themenspektrum der Partei. Die SPD wird mit einer starken Jugendeinbindung
791 innovativer. Außerdem wird eine stärkere Identifikation für junge Wählerinnen und Wähler ermöglicht.

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801 **83 Org12**

802

803 Antragsteller*in: Jusos

804 **Kosteneffiziente Wahlkämpfe**

805

806 Weiterleitung: UB-Vorstand

807

808 Die Jusos Köln fordern eine Analyse der Wahlkampfausgaben in Köln im Jahr 2017

809 und die Entwicklung eines Konzepts, um den Wahlkampf effizienter und wenn möglich kostengünstiger zu gestalten.

810 Beispielsweise könnten ein Inventarsystem und die bessere Zusammenarbeit zwischen den

811 Stadtbezirken, bzw. den Ortsvereinen diesen Prozess fördern. Dazu sollen die jeweiligen Wahlkampfmanager*innen der Ortsvereine
812 sich mit ihren Kolleg*innen über Materialmengen im ständigen Austausch befinden. Standortbezogene Materialien könnten schnell im
813 Wahlkreis ausgetauscht werden. Im ersten Schritt kann somit die Menge an Nachbestellungen reduziert werden, da überhänge fair
814 aufgeteilt oder getauscht werden können und fehlende Sachen so ausgeglichen werden könnten. Für den nachfolgenden Wahlkampf
815 wäre es möglich die Gesamtmenge der Materialien anzupassen. Der UB Köln soll vor Wahlkämpfen zentrale Bestellungen bestimmter
816 gefragter Wahlkampfmaterialien ermöglichen und auf Kosten der OV's bestellen. Die Höhe der Kosten der OV's richtet sich nach deren
817 Bestellung.

818 Begründung:

819 Bei Wahlkämpfen bleiben durch die ineffiziente Verteilung viele Materialien irgendwo liegen, werden dann aber trotzdem immer wieder
820 neu bestellt. Das ist sowohl kostenintensiv als auch schlecht für die Umwelt. Bei einigen Materialien könnte man wohl auch günstigere
821 Preise erzielen, wenn man auf Kölner Ebene oder sogar gemeinsam mit anderen Unterbezirken bestellt. Das eingesparte Geld kann
822 man deutlich sinnvoller ausgeben. Außerdem könnte man das Konzept längerfristig auch auf höhere Ebenen übertragen und so in der
823 gesamten Partei noch mehr sparen.

824

825 **84 Org 13**

826
827 Anragsteller: Stadtbezirk Porz/Poll
828 **Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken**

829 Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, Regionalkonferenz

830
831 Der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll bittet alle SPD-Delegierten auf Regional-, Landes- und Bundesebene, den Verteilungsschlüssel für die
832 Mitgliedbeiträge so zu ändern, dass der gegenwärtige Anteil für Unterbezirk und Ortsvereine von 20% deutlich auf mindestens 30%
833 erhöht wird. Die Ortsvereine – sie erhalten in Köln derzeit 9% - sind im Fall der Erhöhung des gemeinsamen Anteils finanziell
834 angemessen zu beteiligen. Ziel muss eine deutliche Besserstellung von Unterbezirken und Ortsvereinen sein.

835 Begründung:

836 Vor allem die Ortsvereine und ihre Arbeit sind das Gesicht der SPD vor Ort. Um eine bürgernahe politische Arbeit auch in den
837 kommenden Jahren zu gewährleisten, ist eine gute finanzielle Ausstattung der Basisgliederungen zwingend erforderlich. Gerade von
838 den Basisgliederungen werden verstärkt Maßnahmen zur Beteiligung der eigenen Mitglieder und Einbeziehung der Bürgerinnen und
839 Bürger außerhalb der SPD, zur Kampagnenfähigkeit sowie Präsenz auch in den sozialen Medien erwartet. Dazu ist neben dem
840 vielfältigen ehrenamtlichen Engagement auch eine solide finanzielle Ressource erforderlich.

841 Das bisherige Volumen in Höhe von 20% für Unterbezirk und Ortsverein ist dazu seit Jahren nicht mehr auskömmlich.

842

843

844

845

846

847

848

849

850

851

852

853

854 **85 Org 14**

855 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

856 **SPD-Portal - Transparenz mit diesem Neuland Internet**

857 Weiterleitung: Bundesparteitag

858

859 Wir fordern die Bereitstellung einer einheitlichen SPD-Plattform. Zwar ist diese Maßnahme seit längerem angekündigt, bisher jedoch
860 nicht in wünschenswerter Art und Weise umgesetzt. Folgende Funktionen und Mehrwerte wünschen wir uns für ein Social Intranet der
861 SPD:

862 Kalenderfunktion

863 Es soll individuell einzustellen sein, von welchen Ortsvereinen, Stadtbezirken, Unterbezirken, Kreisen oder Ländern etc. der SPD und
864 den Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen man sich Termine und Meldungen anzeigen lassen kann.

865

866 Umsetzung von Regierungsprogrammen

867 Entsprechend der individuellen Auswahl kann von der ausführenden Stelle der Sachstand zur Umsetzung von Zielen aus
868 Regierungsprogrammen der jeweiligen Ebenen dokumentiert werden.

869

870 Umsetzung von Beschlüssen und Antragsarchiv

871 Es soll ein zentrales Archiv zu Beschlüssen und Anträgen der SPD und deren Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden. Zu allen
872 Anträgen ist bis zum Abschluss zu pflegen, welchen Weg ein Antrag gegangen ist sowie welchen Sachstand die Umsetzung eines
873 Antrags hat. Dies könnte durch die gerade bearbeitende Stelle zu pflegen sein.

874

875 Satzungen und Vorlagen (inkl. lizensfreiem Bildmaterial)

876 Es sollen die entsprechend der individuellen Auswahl Satzungen und Geschäftsordnungen zur Verfügung gestellt werden. Darüber
877 hinaus Vorlagen zu bspw. Stimmzetteln für Mitgliederversammlungen oder Vorlagen für Schriftverkehr. Auch macht es Sinn, einen
878 Pool an für Nutzer*innen lizensfreiem Bildmaterial vorzuhalten.

879

880 Shop

881 Zu Wahlkampfzwecken soll ein Shop zur Verfügung stehen, wie zur Zeit schon umgesetzt.

882

883 Meinungsbilder

884 Über die Website könnten Meinungsbilder auf jeder Ebene und nach Ebenenaufgeschlüsselt zu bestimmten Fragen eingeholt werden.
885 Bspw. auch, welche Thematik aus Sicht der Genoss*innen prioritär ist (Verkehr/Mobilität, Digitalisierung, Integration/Migration, etc.).

886

887 Ansprechpartner*innen von Organisationseinheiten

888 Neue Genoss*innen sollen ihre Ansprechpartner*innen leicht auffinden können und nicht abhängig davon sein, dass sich jemand bei
889 ihnen meldet. Auch innerhalb der SPD und Arbeitsgemeinschaften ist eine Vernetzung auf diesem Weg einfacher.

890

891 Barrierefreiheit

892 Das Portal muss in jeder Hinsicht barrierefrei sein.

893

894 Vorstellung kreativer Formate von Veranstaltungen und weiteren Aktionen

895 Es könnten kreative Formate innerhalb der SPD vorgestellt und beworben werden. Die Initiator*innen könnten jeweils schildern, wie
896 sie diese organisiert haben und welche Lessons Learned es jeweils gab.

897 Bildungsprogramme

898 Eine Bereich in dem interessante Schulungsmaßnahmen verlinkt sind und das Angebot nach Themen geordnet ist.

899

900 Lebenslagenportal

901 Alle Inhalte könnten gemäß dem Konzept eines Lebenslagenportals aufgebaut sein. Mögliche Lebenslagen wären:

902 a) Für eine*n Wahlkampfmanager*in -> Welches Material bekomme ich für wieviel Geld woher? Kann ich mich Bestellungen im
903 Umfeld anschließen? Wie organisiere ich mich und den Wahlkampf?

904 b) Für eine*n Wahlkämpfer*in -> Wo gibt es Angebote zum Training von Gesprächen an Bürger*innenständen/mit Bürger*innen?
905 Welche Arten von Wahlkampf gibt es überhaupt?

906